bundesweite Unterschriftensammlung - bundesweite Unterschriftensammlung

Resolution

zum STASI-Unterlagen-Gesetzentwurf im Bundestag

Am 24. Juni 1991 versammelten sich 142 Bürger und Bürgerinnen in Dresden, um ihre Vorstellungen zu einem Stasiunterlagengesetz zu formulieren. Auf der Versammlung wurden folgende Forderungen als Prüfstein für die Ernsthaftigkeit der Bonner Parteien benannt, den Willen der Bewohner Ostdeutschlands in ein Gesetz für das Volk und gegen die alten Machthaber festzuschreiben:

1. **Die STASI-Akten gehören den Betroffenen.**
   Wir lehnen eine Ermächtigung des Bundesinnenministers Dr. Schäuble oder irgend eines anderen ab, Akten aus dem Bestand der "Gauck-Behörde" ersatzlos auszusondern.
   Darüber hinaus müssen die Akten des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei, der ehemaligen politischen Polizei, unverzüglich von den Innenministern der neuen Länder an die "Gauck-Behörde" zurückgegeben werden.
   Das künftige Gesetz muß eine Einsichtnahme von "Tätern" in durch sie erstellte Akten ausschließen.

2. **Den Opfern von STASI und SED muß die Herausgabe einer Kopie der über sie angelegten Daten, Unterlagen und "Bearbeitungskonzeptionen" ohne jegliche Ausnahme ermöglicht werden.**
   Jeder hat ein Recht darauf zu erfahren, wer ihn bespitzelt und in den STASI-Dienststellen bearbeitet hat.
   Die Opfer des stalinistischen Systems der ehemaligen DDR sind schnellstens zu rehabilitieren und würdevoll zu entschädigen.

3. **Bestrafung aller für die repressive Struktur Verantwortlichen. Die Abfindungszahlungen an die alten Funktionäre und Stasi-Mitarbeiter müssen rückgängig gemacht werden.**
   Funktionären und Mitarbeitern der Staatssicherheit steht nur die Mindestrente zu.

4. **Es muß die sofortige Möglichkeit der Überprüfung des öffentlichen Dienstes, der Leitungsebenen von Gewerkschaften, Parteien, Organisationen und Betrieben sowie der gewählten Volksvertreter in Ost und West - in ganz Deutschland - geben.**

5. **Den Immobiliennachlaß der Staatssicherheit haben die Bewohner der ehemaligen DDR erwirtschaftet. Der Nachlaß darf nicht in den undurchsichtigen Kanälen west- und ostdeutscher Finanzjongleure verschwinden.**
   Der Bundesfinanzminister wird aufgefordert, diese per Einigungsvertrag übernommenen 60 Mrd. DM sofort den Kommunen und Ländern in Ostdeutschland für soziale Maßnahmen und den Aufbau von Produktion auszu-

zahlen bzw. unveräußertes Eigentum den Kommunen und Ländern unverzüglich zurückzugeben.

6. Die Bundesregierung muß durch die sofortige Bereitstellung finanzieller Mittel und geeigneter Räumlichkeiten sicherstellen, daß die "Gauck-Behörde" personell und technisch in der Lage ist, ihren Aufträgen für die Bevölkerung nachzukommen. Beratungs- , Auskunfts- und Akteneinsichtstellen müssen jetzt eingerichtet werden, damit nicht die Rechte der Opfer für weitere Jahre und Jahrzehnte leere Worthülsen bleiben.

7. Damit Verdächtigungen Unschuldiger ausgeschlossen werden, sind die Namen der hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter des ehemaligen MfS vollständig zu veröffentlichen.

Dresden, den 24. Juni 1991

Durch meine Unterschrift bekunde ich meine Unterstützung für die Resolution sächsischer Bürger zum STASI-Unterlagengesetz vom 24. Juni 1991.

Name, Vorname	Adresse	Unterschrift

Senden Sie bitte die Unterschriftenlisten an: Michael Arnold (Bündnis 90/Gr.)
Holländische Straße, o-8010 Dresden, Zimmer 356.

Für Hinweise, Informationen und Unterstützung steht Ihnen das Büro des Landtagsabgeordneten M. Arnold mit dem Mitarbeiter Th. Rudolph zur Verfügung (Tel.: Dresden- 0051/ 4855323, Telefax: 0051/ 4855307).